

23. / VII. 1919

201

Die Erhöhung der Zinsheller.**Der Vorstand des gemeinderatlichen Klubs der Sozialdemokraten dagegen.**

Den Vorschlag des Magistrats, zur Besserung der zerrütteten Finanzen der Gemeinde Wien die Zinsheller von 8% auf durchschnittlich 35% Heller zu erhöhen und hiedurch die Mietzinse um ein Viertel bis über die Hälfte zu erhöhen, haben wir im Sonntagsblatt ausführlich erörtert. Wir wiesen insbesondere darauf hin, daß in der Reihe der kommunalen Erhöhungen, die mit der Einführung einer vermehrten Lustbarkeitssteuer begann und mit der Tarifierhöhung für Straßenbahnfahrten, Gas- und Elektrizitätsverbrauch fortgesetzt wurde, die Steigerung der Zinsheller eine unerträgliche Belastung der gesamten Bevölkerung bedeuten würde. Es hat den Anschein, daß diese Gefahr beseitigt werden wird. Der Vorstand des gemeinderatlichen Klubs der Sozialdemokraten hielt gestern vormittag eine Sitzung ab, in der nach einer

Meldung der „Sozialdemokratischen Korrespondenz“ folgende Entschließung gefaßt wurde:

In den Sonntagsblättern war ein Bericht des Magistrats veröffentlicht, der eine teilweise Deckung des 400-Millionen-Defizits der Gemeinde Wien durch Einführung einer Mietzinssteuer vorschlägt. Der Vorstand des Klubs der Sozialdemokraten im Wiener Gemeinderat trat gestern vormittag zur Beratung dieses Planes zusammen. Der Vorstand erörterte in eingehender Debatte die überaus schwierige Finanzlage der Gemeinde Wien und zog hierbei auch in Erwägung, daß die Gemeinde beim heutigen Stande der Finanzen in kürzester Zeit nicht mehr in der Lage sein werde, die Bezüge ihrer Angestellten zu decken, da die vorgenommenen und noch zu beschließenden Tarifierhöhungen bei den städtischen Unternehmungen kaum hinreichen, das Defizit dieser Unternehmungen selbst zu beseitigen. Dennoch sah der Vorstand in dem Vorschlage des Magistrats keinen derzeit gangbaren Weg. Denn einerseits seien grundlegende Steuerreformen nur im Zusammenhang mit der nach dem Friedensschluß unerläßlichen Auseinandersetzung zwischen Staat, Land und Gemeinde möglich, andererseits müsse der Vorschlag des Magistrats im Zusammenhang mit der Frage der Kommunalisierung des Wohnbodens und des Hausbesitzes betrachtet werden, die bereits Gegenstand gründlicher Fachberatungen sei. Daher kam der Vorstand zu dem Ergebnis, der am nächsten Dienstag nachmittag zusammentretenden Vollversammlung des sozialdemokratischen Klubs die Ablehnung der Mietzinssteuer vorzuschlagen.